

Appell an den Rat der Stadt Bielefeld

Antisemitismus bekämpfen – Denunziation und Verleumdung verhindern

Der Vorwurf des Antisemitismus wiegt schwer. Vor dem Hintergrund der deutschen Verbrechen Geschichte und des beispiellosen Zivilisationsbruchs der Shoah bezeichnet er kein biederer Ressentiment, sondern unterstellt Menschenverachtung, skrupellose Brandstiftung und latente Vernichtungsfantasien. Er stellt die moralische und intellektuelle Integrität der Betroffenen infrage und disqualifiziert sie für den politischen Diskurs. Dass der Deutsche Bundestag und in der Folge auch der Rat der Stadt Bielefeld bekräftigen, dem keinen Raum geben und jede Form von Antisemitismus bekämpfen zu wollen, ist richtig und gut. Es ist die Lehre aus unserer deutschen Geschichte und liegt in der Verantwortung der Nachgeborenen.

Ist es die einzige Lehre? Haben wir aus der Geschichte des Antisemitismus nicht auch gelernt, wie verhängnisvoll das Gift der Diffamierung und Verleumdung nicht nur im Falle jüdischer Minderheiten, sondern immer dann wirkt, wenn an die Stelle der rationalen Auseinandersetzung und des besonnenen, die Rechte und die Würde der Betroffenen währenden Urteils leichtfertige Stigmatisierungen treten. Und was anderes als leichtfertige Stigmatisierung ist es, wenn gegen das Urteil renommierter Antisemitismusforscher, gegen die Warnungen von ausgewiesenen Nahost-Experten von CDU, SPD und Grünen, gegen die Petitionen aus der palästinensischen Zivilgesellschaft und gegen die wiederholten Appelle von jüdischen und israelischen Wissenschaftler*innen, gegen alle rechtsstaatliche Bedenken und gegen deren erklärtes Selbstverständnis die BDS-Bewegung als „klar antisemitisch“ diffamiert, boykottiert und sanktioniert wird?

Was ist von einer Antisemitismusbekämpfung zu halten, die jüdische Menschen in Deutschland als Antisemiten diffamiert, ihnen die Einrichtung eines Kontos verweigert, jüdischen und israelischen Wissenschaftler*innen die Räume sperrt und ihnen öffentliche Auftritte untersagt? Oder die 94-jährige Jüdin Esther Bejarano, die den Holocaust im Mädchenorchester von Auschwitz überlebte und sich bis heute mit großem Engagement gegen das Vergessen, aber auch für einen gerechten Frieden in Nahost einsetzt, wegen ihrer Sympathien für BDS als Antisemitin ächtet? Wird einer Holocaust-Überlebenden und ihrem politischen Engagement in Deutschland künftig kein Raum mehr gegeben? Kennt der Furor der sogenannten Antisemitismusbekämpfung keine Grenzen der Scham?

Und was ist von einer Antisemitismusbekämpfung zu halten, die einen renommierten evangelischen und einen international geachteten islamischen Theologen, der an der Seite von Nelson Mandela gegen das Apartheidsystem in Südafrika gekämpft hat, als Antisemiten brandmarkt, letzteren, weil er aufgrund seiner historischen Erfahrung Sympathien für BDS bekundet. Und was ist von einer politischen Kultur zu halten, die es gestattet, den Ehrengast eines Evangelischen Kirchentags aufgrund einer ominösen Denunziation und des Drucks einer ominösen politischen Gruppierung namens „Ruhrbarone“ vom Kirchentag auszuschließen und vom Gelände zu vertreiben?

Wo bleibt der Protest gegen das Ansinnen der ultrarechten und ultranationalistischen Netanjahu-Regierung, die Bundesregierung möge Organisationen die Gelder streichen, die das israelische „Amt für strategische Angelegenheiten“, der israelische „NGO-Monitor“ oder die sich pro-israelisch nennende Medienüberwachung „Mena-Watch“ in Wien als antisemitisch identifiziert hat? Erst recht, wenn es sich dabei um Institutionen wie das Jüdische Museum in Berlin und demokratische Einrichtungen wie die Heinrich Böll Stiftung, die Rosa Luxemburg Stiftung, Brot für die Welt, medico international, pax Christi etc. handelt? Antisemiten und Antisemitismus überall?

Wo bleibt der Protest, wenn Amnesty international und sogar die Vereinten Nationen eines israel-bezogenen Antisemitismus bezichtigt werden und die Berichterstattung des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ über die Lobby-Arbeit zweier „israel-freundlicher“ Organisationen von der Bild-Zeitung, der AfD und dem konservativen Historiker Wolffsohn zu einer antisemitischen „Spiegel-Affäre“ hoch geputscht wird. Wo sind die Verteidiger der Pressefreiheit, die dieser durchsichtigen und wahrheitswidrigen Skandalisierung, wie der „Spiegel“ in seiner „Stellungnahme in eigener Sache“ eindrucksvoll belegt, widersprechen, ?

Haben wir aus unserer Geschichte nicht auch gelernt und beobachten wir nicht gerade zur Zeit, wie fragil unsere demokratischen Errungenschaften sind und wie notwendig es ist, unser Grundrecht auf Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Wissenschaftsfreiheit, Freiheit der Kunst, Versammlungsfreiheit, das Recht auf freien und ungehinderten Zugang zu Informationen immer wieder zu verteidigen. Erleben wir nicht gerade massive Angriffe von Rechtsextremisten, Rechtspopulisten, rechten Antisemiten, Rassisten, Islamophoben, Ultranationalisten – in Deutschland, in Ungarn, in Polen, in Italien, in Großbritannien, in der Türkei, in Israel, um vom Amerika Trumps gar nicht zu reden? Was ist davon zu halten, wenn die ultrarechte und ultranationalistische Netanjahu-Regierung ausgerechnet ausgewiesene Antisemiten wie Orbàn und Vertreter der AfD zu den „wahren Freunden Israels“ zählt, während wahre Demokrat*innen des Antisemitismus bezichtigt werden?

Dass diese israelische Regierung ihre völkerrechtswidrige und menschenrechtsverletzende Politik, ihr Besatzungsregime und ihre Annexionspläne gegen jede Kritik zu immunisieren versucht, liegt auf der Hand – und zwar für jeden, der über ein Minimum an politischer Erfahrung verfügt. Kritik sei erlaubt, vielleicht sogar erforderlich, wird den Kritiker*innen reflexartig entgegengehalten und sei in Deutschland im übrigen durch Artikel 5, Abs. 1 des Grundgesetzes gedeckt. Aber wo immer Kritik an der israelischen Regierungspolitik geübt wird, wird sie umgehend als israelfeindlich und antisemitisch diskreditiert, stellt die jüdische Soziologin an der Hebräischen Universität von Jerusalem und Autorin der israelischen Zeitung *Haaretz*, Eva Illouz, fest. Sie gehört zu den Unterzeichner*innen des Appells der 240 jüdischen Wissenschaftler*innen und ist derzeit Gastprofessorin an der Universität Bielefeld.

In den wenigen Fällen, in denen man sich die Mühe macht, den vernichtenden Antisemitismusvorwurf gegenüber BDS nicht nur zu behaupten, sondern mit Fakten zu belegen, heißt es:

BDS setze sich nicht explizit für die Zweistaaten-Lösung ein. Das ist richtig, BDS fordert lediglich die Beendigung der israelischen Besetzung und entwirft kein Szenario für die Zeit danach, anders als Netanjahu, der der Zweistaatenlösung im Wahlkampf eine explizite Absage erteilt, den illegalen Siedlungsbau zur „nationalen Pflicht“ erklärt, unverhohlen seine Pläne für die Annexion der besetzten Gebiete darlegt und einen „Transfer“ der palästinensischen Bevölkerung in die umliegenden arabischen Staaten in Aussicht stellt. Wenn das fehlende Bekenntnis zur Zweistaaten-Lösung ein Indikator für Antisemitismus sein soll, ist Netanjahu dann Antisemit?

BDS boykottiere, heißt es weiter, israelische Künstler und Wissenschaftler. BDS wolle Israel kulturell isolieren. Das ist in der Tat nicht klug, allein schon deshalb, weil viele israelische Künstler und Wissenschaftler die Kritik an den Menschenrechtsverletzungen, dem Landraub, dem illegalen Siedlungsbau, der völkerrechtswidrigen Besetzung teilen und im ungehinderten kulturellen Austausch diese Position auch international geltend machen können. Genauer müsste es allerdings heißen, die BDS-Bewegung appelliert, den Austausch von Künstlern und Wissenschaftlern mit Israel zu boykottieren. Denn einen solchen Boykott durchzusetzen, steht außerhalb ihrer Macht. In einem symbolischen Akt richtet sie den Appell an die internationale Gemeinschaft, dem täglichen Unrecht in den besetzten Gebieten nicht länger tatenlos zuzusehen. Aber diesem Appell Rechnung zu tragen oder eben nicht, ist der persönlichen Entscheidung der Einzelnen überlassen. Anders der Boykottaufruf des Deutschen Bundestages und des Rats der Stadt Bielefeld. Der Beschluss wird auf dem Verwaltungswege durchgesetzt und zielt - ob beabsichtigt oder nicht - darauf ab:

- dass tägliche Unrecht in den besetzten Gebieten und das Leid der Betroffenen zu marginalisieren und/oder zu verschleiern, indem bis dato „allgemein zugängliche Quellen“ (Art. 5,1 GG) der Information systematisch verstopft werden,
- dass die politische Kultur in Quarantäne genommen wird, indem deutsche, jüdische und internationale Künstler und Wissenschaftler, die Sympathie für BDS bekunden, daran gehindert werden, in Deutschland aufzutreten, sei es bei kulturellen Großveranstaltungen wie der Ruhrtriennale, in der Berliner Theaterlandschaft, auf Kirchentagen oder in anderen öffentlichen Einrichtungen,
- dass die Frage nach der Legitimität israelischer „Sicherheitsinteressen“ in der ultrarechten und ultranationalistischen Netanjahu-Version ebenso verhindert wird wie die Anwendung des universalen Maßstabs des Menschen- und Völkerrechts auf diese Frage.

Der Boykott und die Sanktionen, zu denen der Deutsche Bundestag und der Rat der Stadt Bielefeld aufrufen, sind nicht symbolischer Natur, sondern machtgestützt. Wer darin eine Beschränkung seiner Grundrechte sieht, muss den Rechtsweg beschreiten. Dass dies inzwischen mehrfach und erfolgreich geschehen ist, macht Hoffnung: Wir leben in einem Rechtsstaat. Dass dieser Weg überhaupt beschritten werden muss, ist ein Armutszeugnis für unsere politische Kultur und eine Beschädigung unserer Demokratie.

Wir appellieren daher an die politischen Entscheidungsträger, den Beschluss zur sogenannten Bekämpfung von Antisemitismus hinsichtlich seiner Voraussetzungen – ein bis zur Unkenntlichkeit verwässerter und instrumentalisierter Antisemitismusbegriff - und in Hinblick auf seine gravierenden Folgen – die Einschränkungen von Grundrechten gemäß Art. 5. 1 GG - zu überprüfen und sich von den geplanten Einschränkungen demokratischer Rechte zu distanzieren.

Konkret heißt das:

Wir erwarten, dass Veranstaltungen zu Israel/Palästina und zum Nahost-Konflikt auch dann nicht behindert werden, wenn dazu Journalist*innen, Wissenschaftler*innen und Künstler*innen einladen werden, die der BDS-Bewegung nahestehen und/oder Verständnis oder Sympathie für BDS bekunden. Die BDS-Bewegung als solche ist nicht antisemitisch. Wir fordern den Raum für einen ungehinderten Zugang zu „allgemein zugänglichen Informationen“ als Grundlage der freien Meinungsbildung und verlangen, dass der manipulativen und rechtswidrigen Antisemitismus-Denunziation in Bielefeld auch künftig kein Raum gegeben wird.

Karin und Peter Wetterau für

Bielefelder Initiative gegen die Aushöhlung demokratischer Rechte

Der angehängte „Appell aus Israel an meine deutschen Freunde“ von Amos Goldberg, Professor an der Hebräischen Universität Jerusalem und Spezialist für die Erforschung des Holocaust möge unserer Forderung Nachdruck verleihen.